

17. März 2015 | 00.00 Uhr

Grevenbroich

Stadt plant ein Haus für 80 Flüchtlinge



FOTO: Günter von Ameln (vam)

Grevenbroich. Die Stadt plant den Bau eines neuen Übergangwohnheims für Flüchtlinge. Dort sollen bis zu 80 Menschen eine vorübergehende Unterkunft finden. Kurzfristig werden in Gindorf etwa 50 Asylbewerber in Containern untergebracht. **Von Wiljo Piel**

Bis zum Sommer wird die Stadt eine Wohncontainer-Siedlung für Flüchtlinge am Langer Weg in Gindorf errichten. Etwa 50 Menschen sollen dort eine vorübergehende Unterkunft finden, für maximal zwei Jahre. "Zurzeit laufen die Planungen zur Erschließung des Geländes", sagt Claus Ropertz. Der städtische Sozialdezernent geht davon aus, dass die Container im Juni bezugsfertig sind.

Der in der Nähe von Erft, Kraftwerk und Kohlebunker gelegene Standort ist im Ort umstritten. Weil er zu weit abseits liegt, hatten Bürger angeregt, die Flüchtlinge mitten im Ort einzuquartieren. Die vorgeschlagenen Alternativen habe die Stadt zwischenzeitlich geprüft, sagt Ropertz. Weder der ehemalige Schulhof an der Turmstraße noch der leerstehende Supermarkt an der Provinzstraße würden sich als Unterkunft für Asylbewerber eignen. "Wir haben zudem ehemalige Schulgebäude im Stadtgebiet untersucht, die aber aus brandschutztechnischen Gründen nicht in Frage kommen", schildert Claus Ropertz.

In den nächsten Monaten will die Verwaltung den vom Rat getroffenen Beschluss umsetzen und die Container am Langer Weg errichten. "Dieser Standort ist für uns alternativlos", sagt der Sozialdezernent. Es gebe in der Stadt keine anderen Flächen, die sich für eine solche Siedlung eignen würden. Sobald der Zeitplan steht, will Ropertz zu einer weiteren Bürgerversammlung in Gustorf einladen.

Zurzeit leben 125 Männer, 62 Frauen und 76 Kinder in Übergangswohnheimen im Stadtgebiet, weitere 120 Flüchtlinge sind in privaten Wohnungen untergebracht. "Momentan kommen wir noch gut hin, doch diese Situation kann sich von heute auf morgen ändern", sagt Claus Ropertz. Innenminister Ralf Jäger habe schon vor drei Wochen angekündigt, dass mit einer Zuweisung von Flüchtlingen aus dem Kosovo gerechnet werden müsse. "Das würde unsere Lage schlagartig verändern", meint Ropertz. Die Stadt müsse dann neue Privat-Wohnungen anmieten, um die Asylbewerber unterzubringen.

Eine Container-Siedlung würde den kurzfristigen Bedarf decken, mittelfristig will die Stadt jedoch eine feste Einrichtung realisieren. Im Rathaus beschäftigt sich eine Gruppe aus Mitarbeitern der Fachbereiche Planung, Soziales und Gebäudemanagement momentan mit dem Entwurf für ein neues Übergangwohnheim, in dem zwischen 60 und 80 Menschen ein Obdach finden sollen. Noch vor der politischen Sommerpause will Claus Ropertz dem Rat die Planungen zur Entscheidung vorlegen. Einen konkreten Standort gibt es noch nicht.

"Wir planen ein Wohnheim für Flüchtlinge, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde", sagt der Dezernent: "Sie werden dort zwischen sechs Monaten und drei Jahren leben." Geplant seien - zumindest im Erdgeschoss barrierefreie - Wohneinheiten für zwei und vier Personen sowie Küchen und sanitäre Anlagen als Gemeinschaftseinrichtungen.

Sollte sich die Flüchtlingslage in den nächsten Jahren entspannen, denkt Claus Ropertz daran, das neue Haus weiterhin zu nutzen, dafür aber ein anderes Wohnheim im Stadtgebiet aufzugeben. Möglicherweise könnte künftig auf die Unterkunft an der Hansendstraße in Frimmersdorf verzichtet werden.

Quelle: NGZ